

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

02.06.2016 Drucksache 17/11721

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung und Kultus

1. Gesetzentwurf der Staatsregierung

Drs. 17/10311

zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen und des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes

 Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Gerhard Waschler, Kerstin Schreyer-Stäblein, Norbert Dünkel u.a. CSU

Drs. 17/11545

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen und des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes (Drs. 17/10311)

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

- 1. § 1 wird wie folgt geändert:
 - a) Nr. 18 erhält folgende Fassung:
 - "18. Art. 54 Abs. 3 Satz 2 wird wie folgt geändert:
 - a) In Halbsatz 1 wird nach der Angabe be "Art. 52 Abs. 2" die Angabe ", 4 und 5" eingefügt und der Strichpunkt durch einen Punkt ersetzt
 - b) Der Halbsatz 2 wird gestrichen."
 - b) Nr. 20 erhält folgende Fassung:
 - "20. Art 62 wird wie folgt geändert:
 - a) In Abs. 5 Satz 1 Halbsatz 2 werden die Wörter "die Schulordnungen können das Schulforum dazu ermächtigen, durch Beschluss" durch die Wörter "das Schulforum kann beschließen," ersetzt.

- b) In Abs. 6 Satz 4 wird das Wort "Bezirkschülersprecherinnen" durch das Wort "Bezirksschülersprecherinnen" ersetzt."
- 2. § 2 wird wie folgt geändert:

Nr. 3 erhält folgende Fassung:

- "3. Art. 10 wird wie folgt geändert:
 - a) In Abs. 1 Satz 3 wird das Wort "Asylverfahrensgesetz" durch das Wort "Asylgesetz" ersetzt.
 - b) In Abs. 4 Satz 2 wird das Wort "Berechung" durch das Wort " Berechnung" ersetzt."

Berichterstatter: Michael Hofmann
Mitberichterstatterin: Dr. Simone Strohmayr

II. Bericht:

 Der Gesetzentwurf wurde dem Ausschuss für Bildung und Kultus federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Gesetzentwurf mitberaten. Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen hat den Gesetzentwurf endberaten.

Zum Gesetzentwurf wurde der Änderungsantrag Drs. 17/11545 eingereicht.

 Der federführende Ausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner 46. Sitzung am 21. April 2016 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Zustimmung

SPD: Ablehnung

FREIE WÄHLER: Ablehnung

B90/GRÜ: Ablehnung

mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

 Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Gesetzentwurf in seiner 110. Sitzung am 11. Mai 2016 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Zustimmung

SPD: Ablehnung FREIE WÄHLER: Enthaltung

B90/GRÜ: Ablehnung

der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de - Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

 Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen hat den Gesetzentwurf und den Änderungsantrag Drs. 17/11545 in seiner 52. Sitzung am 2. Juni 2016 endberaten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Zustimmung SPD: Ablehnung FREIE WÄHLER: Enthaltung

B90/GRÜ: Ablehnung

der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

- 1. § 1 wird wie folgt geändert:
 - a) In Nr. 17 Buchst. b wird dem Art. 52 Abs. 5 folgender Satz 6 angefügt: "⁶Die Sätze 1 bis 4 sind erst ab dem 1. August 2016 anwendbar."
 - b) In Nr. 30 Buchst. b Doppelbuchst. cc werden in Art. 123 Satz 2 Nr. 1 vor der Angabe "Art. 121 Abs. 3" die Wörter "Art. 52 Abs. 5 Satz 6 und" eingefügt.
- 2. § 3 Abs. 1 wird wie folgt geändert:
 - a) Der Wortlaut wird Satz 1.
 - b) Es wird folgender Satz 2 angefügt:

"²Abweichend von Satz 1 tritt § 1 Nr. 17 am 1. Juli 2016 in Kraft."

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 17/11545 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Zustimmung SPD: Ablehnung FREIE WÄHLER: Zustimmung B90/GRÜ: Ablehnung

Zustimmung empfohlen.

Der Änderungsantrag hat durch die Aufnahme in die Stellungnahme des Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen seine Erledigung gefunden.

Martin Güll

Vorsitzender